

Lichtenstein-Collnberger Tageblatt

Früher Wochen- und Nachrichtenblatt

Tageblatt für Bindorf, Müllig, Bernsdorf, Kösdorf, St. Egidien, Seinsdorf, Marientau, Knudersdorf, Ortmanndorf, Müllig St. Nikolai, St. Jakob, St. Nikola, Stangendorf, Thurn, Riedermühlen, Rühlschappel und Zirkshain

Amtsblatt für das Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein

Älteste Zeitung im

Amtsgerichtsbezirk

Nr. 138

69. Jahrgang

Donnerstag, den 19. Juni

Verbreitung im Amtsgerichtsbezirk

1919.

Struppen: 2. R. A. Abschnitt R 2, 200 Gramm und 50 Gramm Größe, zusammen 250 Gramm. Die Ausgabe erfolgt ab heute auf die neue Rundenscheibe.

Schellfisch: D. E. R. A. Abschnitt 50, 1/2 Pfund 40 Pfg. Auf 1 Pfund Schellfisch 50 Gramm Margarine für 23 Pfg. Nr. 1-584 bei Arenbs, Nr. 585-1138 bei Rüdler, Nr. 1139-1678 bei Lindig, Nr. 1679-Ende bei Reinhold

Maggi-Suppe: für alte Leute über 65 Jahre 1 Päckchen 15 Pfg. Mittwoch Nr. 1-1000 von 4-6 Uhr, Donnerstag Nr. 1001-Ende von 3-6 Uhr in der Verkaufsstelle Bürgererschule.

Donnerstag Olivenöl gegen Vorlegung der Brotkarte 30 gr. 1,20 Mk. Nr. 1-584 bei Zahl, Nr. 585-1138 bei Pöfner, Nr. 1139-1678 bei Etiegler, Nr. 1679-Ende im Conf. Betrieb L-C. Die Händler werden angewiesen, sich einen entsprechenden Vermerk auf der Brotkarte zu machen.

Rote Rüben 5 Pfd. 75 Pfg. Begehung vorm. 11-12 Uhr im Lebensmittelamt. Städtisches Lebensmittelamt.

Das vom Stadtrat Lichtenstein ausgestellte und verloren gegangene Arbeitsbuch Nr. 128/1917 für **Milda Klara Friedrich** wird für ungültig erklärt.

Stadtrat Lichtenstein, am 17. Juni 1919.

Die **Kirschenzungen an den Staatsstraßen** sollen auf Grund schriftlicher Angebote verkauft werden. Angebotsordrücke und Verkaufsbedingungen sind beim Straßen- und Wasser-Bauamt und bei den Amtsrathenmessen erhältlich. Angebote mit genauer Bezeichnung der einzelnen zu pachtenden Strecken sind bis zum **24. Juni, mittags 1 Uhr** postgebührenfrei hier (Körnerstraße 17) einzureichen. Die Auswahl unter den Bietern und die Ablehnung aller Angebote bleiben vorbehalten. Ablehnungsbescheid wird nicht erteilt.

Kurze wichtige Nachrichten.

Bei der Abfahrt der deutschen Friedensdelegation von Brüssel wurden einige Personen durch Streikworte verletzt und von der ersten Menge angegriffen. Graf Rodorf hat schweren Verstoß erlitten.

„Telegraph“ wird unterm 15. Juni aus Paris gemeldet. Der „Tempo“ teilt mit, daß vierzig künstliche neuwalde Staaten, einschließlich Holland, an einem neuen Blockadekrieg, falls Deutschland die Unabhängigkeit ablehnt, nicht teilnehmen.

Die Arbeitsozialdemokraten haben in der Nationalversammlung folgende Interpellation eingereicht: Was bedeutet die Reichssteuerung zu tun, um der äußersten Not der Zivil- und Militärrentnerabkömmlinge abzuwehren?

Die finnische Regierung betont ihre unbedingte Reichstreue und weist ein Eingehen auf etwaige Sondervertragsangebote weit von sich.

Aronstadt befindet sich vor der Übergabe der kriegsbeschädigten Kaputtstädte.

Der Zug mit der deutschen Friedensdelegation ist heute früh um 3 Uhr in Weimar eingetroffen.

Die Antwort der Entente an die Türkei wird nächsten Sonnabend erfolgen.

Das dem Esch und der Rheinwals sind in den letzten Tagen über 80 Personen deutscher Nationalität durch die Besatzungsbehörden ausgewiesen worden.

Die schlesische Volkskammer hat gestern einhellig den Antrag des Reichsausschusses und überwies dieselbe die Wünsche auf Erbauung der Bahn Einbach-Berz u. a. der Regierung zur Kenntnis.

Der Abstrafungsvertrag.

Im Verlaufe des 16. Juni. In ihrer Antwort auf die deutschen Gegenanschläge erklärten die alliierten und assoziierten Mächte, sie glaubten daß der von ihnen vorgeschlagene Frieden von Grund auf ein Unrechtsfriede sei und den Grundfragen entgegenstehe welche bei Abschluß des Waffenstillstandes von beiden Seiten als Grundlage für den Frieden angenommen seien. In Durchführung dieser Anschläge hätten die alliierten und assoziierten Mächte Maßnahmen getroffen, um

Polen als unabhängigen Staat

mit freiem Willen unter dem Namen wieder aufzurichten. Ueberall, wo der Volkswille zweifelhaft sei, sei Volksabstimmung vorgesehen. Täglich werden Presseblätter die deutschen Gegenanschläge in den öffentlichen Widerspruch mit der für den Friedensschluß

angewiesenen Grundlage. Auf Grund der Behauptung, daß

Oberschlesien.

abzuar von einer vollständigen Wehrhaft im Verhältnis von 2 zu 1 nach der letzten deutschen Volkszählung von 1910 1.250.000 gegen 6.000.000 gewohnt, deutsch zu bleiben wünsche, wüßten die Mächte, daß die Frage, ob Oberschlesien zu Deutschland oder Polen gehören soll, durch eine Abstimmung der Bewohner selbst entschieden werde.

Saargebiet

Das für das Saargebiet nach 15 Jahre dauernde, dieses Gebiet anfangs nicht unter französische Oberhoheit, sondern unter die Kontrolle des Völkerbundes, diese Lösung hat den Vorteil, Linien Amerikas in sich zu schließen, trotzdem Frankreich die Völkerrecht an den Grenzen verkennt wird, außerdem hält sie die wirtschaftliche Einheit des Saarlandes aufrecht, welche für die Interessen der Einwohner wesentlich ist. Nach Ablauf von 15 Jahren wird die Bevölkerung, welche in der Zwischenzeit unter Wehrhaftung und Regierung der alliierten Mächte die Kontrolle über ihre eigenen Angelegenheiten erlangt hat, volle Freiheit haben, um zu entscheiden, ob sie Vereinigung mit Deutschland oder Frankreich oder Fortsetzung des im Vertrag vorgesehenen Regimes wünscht.

Die Gebiete welche man von Teufelsberg an Dänemark und an Belgien

zu übertragen beabsichtigt, wurden ebenfalls anwählbar von Preußen angenommen, und keinerlei Übertragung wird erfolgen, welche nicht Erbschaftscharakter hat und die Einwohner sein wird. Dieser Entschluß wird mit solchen Vorkehrungen verbunden sein, daß die Freiheit der Abstammung vollständig sein wird.

Die Kolonien.

Den alliierten und assoziierten ist es vom 3. bis, die Kolonien Deutschlands zurückzugeben, nach dem die Verantwortung anzuerkennen, ihre Bewohner zu ernähren und zu bilden.

Die Reichsregierung betreffend das internationale Regime der Flüsse

Die alliierten und assoziierten Mächte erachten die von ihnen vorgeschlagenen Arrangements als von grundlegender Bedeutung für die freie Schifffahrt der neuen Kontinentalen Staaten. Außerdem haben sie keine Verletzung der Rechte anderer Mächte zu befürchten.

Die wirtschaftlichen und finanziellen Bedingungen

Es besteht bei den alliierten und assoziierten Mächten in keiner Weise die Absicht, Deutschland zu er-

zählen und es zu verhindern, im internationalen Handel die Stellung einzunehmen, die ihm zukommt, voranzugehen, daß es die Bedingungen des Friedensvertrages erfüllt und vorausgesetzt ebenfalls, daß es keine Verletzung des Angebots und Anschließens ausübt, welche keine Gleichheitsmethoden charakterisiert; es ist die Absicht der alliierten und assoziierten Mächte, daß Deutschland eine gleichmäßige Verbindung erreicht in Bezug auf den Einkauf von Rohmaterial und den Verkauf von Waren unter Beobachtung der weltlichen, bereits angeführten Maßnahmen welche im Interesse der durch Deutschland betroffenen Nationen und geschwächten Nationen angeordnet werden sind.

Der Vorschlag der alliierten und assoziierten Mächte über die

Wiedergutmachung.

Deutschland wird eine viermonatige Frist einräumt, um den alliierten Vorschläge sowohl über die Gesamtheit einzelner Schäden als über die Zahlungen welche anzuführen zu können. Deutschland wird der Entschädigung von Waren und Arbeitskräfte anbieten können. Die Entschädigung wird zwei Monate zur Beantwortung haben.

Die Zulassung zum Völkerbund.

Die alliierten und assoziierten Mächte können der Ausführung der deutschen Delegation auf vorläufige Zulassung Deutschlands zur Mitgliedschaft der Nationen nicht zustimmen. Aber es wird hauptsächlich von der Haltung des deutschen Volkes selbst abhängen, von welchem Zeitpunkt an in die Mitgliedschaft der Nationen naher zu bringen.

Die alliierten und assoziierten Mächte erklären, daß die

Blockade Deutschlands

eine gezielte Wiedergutmachung ist, und nur infolge des veränderlichen Charakters des von Deutschland unternehmen Angriffes und der von Deutschland beschleunigten barbarischen Kriegsmethoden. Nach dem internationalen Recht verächtlich zu werden muß.

Deutschland erklären die alliierten und assoziierten Mächte, daß ihre heute abgemittelten Bedingungen

ihre letzten Wort

sind. Sie haben auf Grund der Prüfung der deutschen Gegenanschläge bedeutende praktische Zugeständnisse für die Durchführung gemacht, sich jedoch in den Grundfragen an den Vertrag gehalten. Der Vertrag, wie er heute aufgestellt ist, repräsentiert den ausführlichen Versuch, eine Verständigung des Rechts zu erreichen. Als solcher muß er im Vorhinein, wie er heute vorgelegt wird, angenommen oder verworfen werden.

ranzösischen Besatzung Ge-
reiche Menschenmenge den-
ngsmarsch durch die Stadt,
zu verhindern vermochte.
Frauen wurden die Haare
urden sie von der Polizei

man im Badehofum.
folgende Anzeiger:
shof, Anhaltstraße 12.
Frühlingsfest.
abe- oder Strand- resp.
e Lombola, Preistanz.
königlu (schönste Figur).
Pünktlern. Anfang 7 Uhr.
ands erstester Zeit! Der
ir und hat schon die Hand
ag erhoben, und in Berlin
im und prämiert die
auf!

Konzert!
zenfest
schaft zu Glauchau
ni statt.
Der Vorstand.
Lebernahme.
von Lichtenstein-C. und
ast
habe. Ich werde bemüht
sauberer und geschmack-
te, mich in meinem neuen
rollen.
schachtungsvoll
Schenderlein,
Maler,
Mühlgraben Nr. 10.

röffnung.
von Lichtenstein-Collnberg
ne, daß ich Badergasse 4
warengeschäft
müht sein, meiner werben
aufzuwarten und bitte, mich
erstützen zu wollen.
schachtungsvoll
la Kölbel.

ienst-
mädchen
e junge, kräftige, in grös-
en Kaffee in Blauen bei
m Lohn und guter, reich-
er Kost per 1. Juli gesucht.
önlich zu melden bei
ran Anna Scheiner,
hndorf, Kallischstraße.

früchtiger Teilnahme
n Entschlafenen
Brückner
ch unsern
Dank.
ni 1919.
Hinterbliebenen.

in Lichtenstein